

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/12
19. Januar 1971

Ein Berliner in Warschau

Das neue Klima der deutsch-polnischen
Beziehungen

Von Kurt Mattick SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Aus-
schusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

Hamburgs neuer Mann: Peter Schulz

Ein 40-jähriger an der Spitze der Hansestadt

Von Paul O. Vogel
Direktor der Staatlichen Pressestelle Hamburg

Seite 3 und 3a / 97 Zeilen

Gefahren, die uns alle bedrohen (2)

Immer mehr Giftstoffe dringen auf den
Menschen ein

Von Prof. Dr. Karl Beckert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Gesundheit

Seite 4 bis 6 / 142 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Politik auf zwei Säulen
Leistungsverbesserungen für politische Häftlinge
Neue Aktualität des Jaksch-Berichts
Jugoslawischer Kommentar zur Oder-Neiße-Linie
Polenverband "Zgodo" in der Bundesrepublik
Deutsche Sendungen aus Ungarn
Wilhelm Jäger 75 Jahre alt
Dritte Memelbrücke geplant

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 2390 87-38
Telefax: 026 846-186/847/
846 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Berliner in Warschau.

Das neue Klima der deutsch-polnischen Beziehungen

Von Kurt Mattick SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Wenn man als Berliner und mit den dort gesammelten Erfahrungen im Umgang mit den deutschen Kommunisten in einen kommunistisch regierten Staat kommt, bedarf es zunächst einer wesentlichen Umstellung. Die kommunistischen Führungen in manchen Ländern des Ostblocks - insbesondere auch in Jugoslawien - unterscheiden sich von den deutschen Kommunisten in einem entscheidenden Punkt: Sie sehen in uns Sozialdemokraten und auch in anderen demokratischen Kräften anderer Weststaaten die Möglichkeit der sachlichen Kooperation und sind nicht vom Haß gegen alles, was nicht kommunistisch ist, getragen.

Sie gehen auf Kooperation aus, weil sie begriffen haben, daß 1/ die westliche Welt, einschließlich der BRD, ihre eigenen großen Leistungen besonders nach dem Zweiten Weltkrieg hat, und sie erkennen 2/ auch, daß in der westlichen Welt, einschließlich der BRD, guter Wille vorhanden ist, die Nachkriegsspannungen soweit als möglich abzubauen, um den Frieden zu sichern.

So konnte ich bei meinem Besuch in Polen gleichfalls feststellen, daß die Begegnung mit den Führungskräften dieses Staates sich in einer Atmosphäre abspielt, die es möglich macht, unkonventionell über alle Probleme zu sprechen und von Fall zu Fall auch gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Ich hatte Gelegenheit, mit dem für Westeuropa zuständigen stellv. Außenminister Wilmann zu sprechen und mit den beiden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Sejm eine ausführliche Aussprache zu haben; dabei handelt es sich um die Herren Michalski, Mitglied der Bauernpartei, und Starewicz, der gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der polnischen Arbeiterpartei ist. Ich war Gast des Instituts für internationale Beziehungen, in dem ich vor den Mitarbeitern die deutsche Außenpolitik in ihrer Entwicklung dargestellt habe, und ich habe darüber hinaus viele Gespräche führen können.

Es ergaben sich folgende konkrete Punkte:

Die neue polnische Führung geht von der Tatsache aus, daß die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages nicht verzögert wird, weil es zwischen den vertragsschließenden Parteien Schwierigkeiten gibt, sondern weil diese Ratifizierung durch besondere Umstände abhängig ist von der Beseitigung von Schwierigkeiten, mit denen Polen nichts zu tun hat. So hat die polnische Regierung die gemachte Zusage an die Bundesregierung bereits in Angriff genommen und wird in den nächsten Wochen eine

sehr große Zahl von Anträgen erledigen, die aus berechtigten Kreisen von polnischen Bewohnern zur Umsiedlung nach Deutschland gestellt werden. Wir können daher damit rechnen, daß in den nächsten Wochen einige Tausend in der Bundesrepublik eintreffen, und daß von der polnischen Regierung in den nächsten Monaten mehrere 10.000 Anträge erledigt werden.

Meine Gesprächspartner erklärten mir, bezugnehmend auf einige Pressestimmen in Westeuropa, daß der Wechsel in der Führung des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und der Regierung rein innenpolitischen Charakter habe, und daß keinerlei negative Auswirkungen auf die Außenpolitik zu erwarten seien, denn es bestehe Übereinstimmung zwischen Zentralkomitee und Regierung darüber, daß der eingeschlagene Weg der Außenpolitik sowie der Politik gegenüber der BRD fortgesetzt werde und die polnische Regierung an einer Auswertung des deutsch-polnischen Vertrages äußerst interessiert sei. Die Polen gehen davon aus, daß der Vertrag besteht, wenngleich die Ratifizierung sich durch die oben erwähnten Schwierigkeiten verzögert.

Bei Gesprächen über die Fortsetzung unserer Politik im großen Rahmen waren meine polnischen Gesprächspartner davon überzeugt, daß es in der Berlinfrage eine Verständigung geben könnte, weil sie glauben, daß ihre letzten Gespräche mit der Führung der SED sie zu dieser Hoffnung berechtigten.

In Bezug auf die auch für die polnische Führung erschreckenden Vorgänge im Dezember in einigen polnischen Städten ergab sich im Unterschied zu den früheren Vorgängen in Osteuropa eine völlig andere Haltung der polnischen Führung. Man ist erschrocken über die Entfremdung zwischen der Führung des Zentralkomitees und größeren Teilen der Arbeitnehmerschaft und ist bereit, die Forderungen der Arbeitnehmerschaft zu respektieren. Man unternimmt daher z. Zt. umfangreiche Bemühungen zu einer Verständigung, wobei man sich klar darüber ist, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich Polen z. Zt. befindet, diese Verständigung mit der Arbeitnehmerschaft nicht gerade einfach gestalten werden. Von der Zusammenarbeit zwischen der BRD und Polen erhofft die polnische Führung sich nicht nur eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, sondern darüber hinaus Zusammenarbeit auf vielen Gebieten, insbesondere auch auf kulturellem Gebiet sowie die Möglichkeit gesellschaftlicher Verbindungen.

Die Polen bemühen sich auch, die Voraussetzungen zu schaffen, um den Tourismus auf Gegenseitigkeit zu entwickeln, das heißt, daß die polnische Regierung entschlossen ist, die Tore auch für menschliche Ost-West-Begegnungen zu öffnen.

In der kommenden Woche wird eine Delegation des polnischen Sejm auf Einladung der beiden Bonner Regierungsfractionen die Bundesrepublik besuchen. Selbstverständlich wird diese Delegation mit allen Parteien und mit den Gewerkschaften ins Gespräch kommen, und auch diese Begegnung wird dazu beitragen, die atmosphärischen Voraussetzungen für eine neue Entwicklung zwischen den beiden Staaten weiter zu verbessern.

Hamburgs neuer Mann: Peter Schulz

Ein 40jähriger an der Spitze der Hansestadt

Von Paul O. Vogel,

Direktor der Staatlichen Pressestelle Hamburg

Nahezu einmütig haben die statutenmäßig zuständigen Organe der Hamburger SPD den bisherigen zweiten Bürgermeister und Schulsenator der Hansestadt, den Juristen Peter Schulz, zum Nachfolger für den im Juni ausscheidenden ersten Bürgermeister Prof. Dr. Herbert Weichmann bestimmt. Ein heute Vierzigjähriger wird damit von der Mitte dieses Jahres ab die schwere und verantwortliche Aufgabe haben, die, wie es die hamburgische Verfassung sagt, "Senatsgeschäfte zu leiten, das innere und äußere Gedeihen des Staatswesens zu überwachen, für wichtige Staatsangelegenheiten persönlich einzutreten und grundlegende Arbeiten auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern".

Peter Schulz löst einen Mann ab, der das Amt des hamburgischen Bürgermeisters geprägt und der Politik in dieser Stadt, aber auch weit über sie hinaus seinen Stempel aufgedrückt hat. Noch ist es zu früh, das aus der Kaiserzeit bis in die Gegenwart hinüberreichende Leben dieses Mannes zu würdigen, der preussischer Ministerialbeamter und Journalist war, Sozialdemokrat seit dem Kapp-Putsch und Gegner Hitlers vom ersten Tag an, der als Jude die ganze Last des jüdischen Schicksals trug und dennoch zu einer ganz frühen Stunde in sein Vaterland zurückkehrte.

Peter Schulz weiß, daß er in große Fußstapfen zu treten hat, er weiß aber auch, daß die Aufgaben der 70er Jahre von ihm ein anderes Schrittmaß und einen neuen Stil im Denken und Handeln erfordern. Er war der unbestrittene Favorit seiner politischen Freunde für die Nachfolge Weichmanns, und er hat in der Stunde seiner Nominierung jenseitlich so gelassen wirkende Zuversicht an den Tag gelegt, die ihn vor manchen anderen seiner Generation auszeichnet, obgleich er durchaus nicht gleichgültig gegenüber den Bewegungen um ihn herum ist.

Der künftige Bürgermeister, Sohn eines Rostocker Oberbürgermeisters, hat den Zusammenbruch des Nationalsozialismus erlebt und erfahren, wie Kommunisten sind, wenn sie die Macht haben. Er ist 1949 in den Westen gegangen, zunächst nach Berlin, danach zum Studium der Rechtswissenschaften an die Universität Hamburg. Er war hier als Anwalt tätig und hat sich zugleich in der SPD engagiert. Seit 1961 gehört er der Hamburger Bürgerschaft an, und in ihr galt er schon nach wenigen Jahren kraft seines präzisen Urteilsvermögens und seiner großen Unabhängigkeit im Denken als eine der bedeutenden Begabungen der Fraktion. Man hat in letzter Zeit versucht, ihm das Etikett "Senkrechtstamper" anzuhängen, weil es manchen so schien, als habe sich seine Karriere mit der Übernahme des Vorsitzes im Ausschuß zur Untersuchung des gewaltsamen Todes des Häftlings Maase steil nach oben bewegt: 1966 Justizsenator, 1970 Zweiter Bürgermeister, 1971 Kandidat für das Amt des Ersten Bürgermeisters. Wer Peter Schulz und die Hamburger SPD näher kennt, der weiß, daß der Start dieser politischen Begabung nicht erst mit

dem Haase-Ausschuß begann und daß sie sich sehr gradlinig zur Kandidatur für das höchste Hamburger Staatsamt bewegt hat.

Peter Schulz analysiert scharf und zupackend, er brilliert in der parlamentarischen Debatte, seine persönliche Bescheidenheit schafft ihm viele Sympathien, seine Begabung im Umgang mit Menschen und Mitarbeitern hat ihm geholfen, in nur neun Monaten die Schulbehörde, das Sorgenkind sozialdemokratischer Politik in Hamburg, in den Stand zu versetzen, auf der Basis einer gründlichen Bilanz des hamburgischen Schulwesens realistische Ausblicke in die Zukunft gewinnen zu können.

An diesem Punkt setzte für die Führungsgremien der Hamburger SPD die eigentliche Schwierigkeit bei der Bestimmung des Bürgermeister-Nachfolgers ein. Es war ein neuer Schulsenator zu suchen, ein Mann, der bereit war, in den nächsten Jahren auf der sehr ernüchternden Basis des von Peter Schulz vorgelegten "Bildungsreports" nüchterne Arbeit zu leisten, die Grenzen dieser Arbeit zu akzeptieren, die 16.000 Mitarbeiter der Behörde dennoch zu fruchtbarem Engagement zu bewegen, über das Ressort hinaus im Kollegium des Senats schöpferisch zu wirken und innerhalb des Bildungsbereichs den vorrangigen Aspekt "Berufsbildung" zu unterstreichen.

Nach 21 Stunden intensiver Beratung und der Diskussion über 13 ausgezeichnete Namen war der neue Mann gefunden: Günter Apel, der heute 43jährige zweite Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Es ist sicher nur ein Zufall, daß er, wie Peter Schulz, aus dem Raum jenseits der Zonengrenze kommt und im Westen eine neue Heimat gesucht hat. Apel, der gebürtige Weimarer, war ursprünglich Lehrer gewesen, und er hat sein Engagement für Bildungsfragen trotz seines Exams als Diplom-Politologe, trotz der Fülle politischer Aufgaben als hauptamtlicher Mitarbeiter der DAG und seit 1961 auf vielen Ebenen der SPD nie verleugnet. Dafür zeugen sein Berufsweg in der DAG und seine publizistische Tätigkeit, insbesondere die Autorenschaft am Bildungsplan der DAG.

Apels Kandidatur war eine Überraschung auch für viele Angehörige der Hamburger SPD-Fraktion. Er hat sich in einer Kampf Abstimmung gegen zwei erfahrene Bildungsexperten der Fraktion durchgesetzt, weil ihm die größere Gesamtbreite der Persönlichkeit schon in der ersten Begegnung mit der Fraktion zusubilligen war. Er übernimmt eines der schwierigsten Ämter, die Hamburg zu vergeben hat, und er wird sich schon auf dem Bildungsparteitag der Hamburger SPD am kommenden Wochenende einer ersten Prüfung unterziehen müssen. Freunde glauben, daß ihm seine eigenen klaren Vorstellungen, vor allem hinsichtlich des Stellenwerts der Berufsausbildung, und seine Fähigkeit, Menschen zu gewinnen, das Amt erleichtern werden.

Ungeklärt bleiben mußte zunächst die Frage, wer künftig in Hamburg Zweiter Bürgermeister sein soll. Der Koalitionspartner FDP hat hierzu seine Ansprüche angemeldet. Manche Beobachter der Hamburger politischen Szene meinten, daß Form und Art des Anspruchs Spannungen in die Koalition hineintragen müßten. SPD-Landesvorsitzender Oswald Paulig aber machte noch in der Stunde, in der an den Anspruch der FDP erinnert wurde, allen Beobachtern klar, daß hierüber unter politischen Verbündeten sachlich und freundschaftlich verhandelt werden würde. An der Kontinuität des Regierens in Hamburg gibt es keinen Zweifel, auch nicht für die opponierende CDU.

Gefahren, die uns alle bedrohen (2)

Immer mehr Giftstoffe dringen auf den Menschen ein

Von Prof. Dr. Karl Bechert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit

Weitere Beispiele für Herauszüchten von widerstandsfähigen Schädlingsrassen durch Pflanzenschutzmittel lieferten der Apfelanbau in Kalifornien und der Baumwollanbau in Peru.

Was verboten werden müßte, ist nicht nur das Vorkommen besonders giftiger Stoffe in Lebensmitteln, das ist der jetzige Rechtszustand bei uns, sondern überhaupt die Anwendung solcher Stoffe.

Die Lebensmittelkontrolle reicht bei weitem nicht aus, sie ist nur stichprobenartig möglich, und nur selten schließt sich Prüfung des Gehaltes an Pflanzenschutzmitteln an. Es ist zu wenig geschultes Personal vorhanden, es fehlt an Ausstattung und an Geldmitteln bei den Prüfungsämtern. Dazu kommt, daß in der Praxis der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln häufig nach dem Grundsatz gehandelt wird: "Viel hilft viel". So werden nicht selten die höchstzulässigen Mengen ohne Bedenken überschritten. Wie sollen die Erzeugnisse der vielen kleinen und mittleren Betriebe kontrolliert werden? Wie soll der kleine Betrieb feststellen, ob seine Erzeugnisse nicht mehr als die höchstzulässige Menge an den einzelnen Pflanzenschutzmitteln erhalten? Wieviel in der marktfähigen Ware noch drin ist, hängt wesentlich auch vom Wetter während des Wachstums und der Reife ab. Da hilft nur das Verbot der besonders giftigen Mittel.

Wenn der Vorsitzende des Deutschen Bauernverbandes in Kassel öffentlich erklärt, mit dem Vorkommen von Pflanzenschutzmitteln in den landwirtschaftlichen Erzeugnissen sei es bei uns nicht so schlimm, die ausländischen Erzeugnisse enthielten viel mehr, und man solle zunächst darauf hinwirken, daß es bei den ausländischen Erzeugnissen besser werde, so zeugt das nicht gerade von guter Kenntnis des Zustandes in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet. Natürlich bekam Herr von Heereman lauten Beifall in der Bauernversammlung. Es ist kein gutes Argument, zu sagen, bei anderen ist es schlimmer als bei uns. Wir wissen gar nicht, wie der Zustand bei uns wirklich ist, und Stichproben, die ja kein allgemeines Bild geben können, zeigen immer wieder schlimme Mißstände, abgesehen davon, daß unsere Gesetzgebung manche Mißstände direkt zuläßt. Davon wird noch zu reden sein. Aber zunächst empfehle ich, die Darlegungen am Anfang dieses Aufsatzes nochmals zu lesen, in denen steht, was wir alles nicht wissen über die gegenwärtige Belastung unserer Umwelt. Und das soll noch schlimmer werden. Im Umweltschutzprogramm der Bundesregierung steht, daß die Erzeugung der chemischen Industrie in den nächsten Jahren mindestens um etwa sieben vH. jährlich steigen wird, das bedeutet Verdoppelung

in zehn Jahren, und ein wesentlicher Teil dieser Erzeugung wird sich in der Umweltbegiftung auswirken.

Herr von Heereman hat darin recht, daß er sagt, in anderen Ländern sei es in mancher Hinsicht schlimmer. Deshalb habe ich jahrelang in Ausschüßberatungen immer wieder angeregt, die verschiedenen Bundesregierungen auffordern zu lassen, daß sie wenigstens innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei den Beratungen in Brüssel durchzusetzen suche, daß unsere strengeren Gesetze auch innerhalb der EWG bindende Vorschriften werden. Die verschiedenen Bundesregierungen haben sich redlich bemüht, solchen Ausschüßempfehlungen, die stets durch den Bundestag im Plenum bestätigt wurden, zu folgen, und sie haben häufig in Brüssel durchgesetzt werden können.

Aber es bleibt viel, fast alles noch zu tun. Da ist die Einfuhrkontrolle, ein ganz trübes Kapitel. Sie ist im wesentlichen Ländersache, die zuständige Bundesstelle darf nur prüfen auf Aussehen und Geruch. Chemische Prüfung ist ihr verwehrt! Unglaublich, aber wahr. Der Gesetzgeber muß das vernünftig regeln. Dazu gehört eine Vorschrift, daß die Einfuhrfirmen den zuständigen Lebensmittelkontrollstellen des inländischen Bestimmungsortes die eingeführte Ware mitteilen muß. Sonst kann es geschehen, und das hat sich schon bei Stichproben herausgestellt, daß eingeführte Lebensmittel mit unzulässig hohen Gehalten an Bioziden bereits zum größten Teil verkauft sind, bevor durch Stichprobenkontrolle auf dem Markt die Unzulässigkeit amtlich festgestellt ist. Bei der Einfuhr müssen auch Saatgut, Pflanzgut und eingeführte Erde kontrolliert werden.

Bei der Lagerung von Nahrungsmitteln, Saatgut, Pflanzgut, Erde, Viehfutter kann es vorkommen, daß Schädlingsbekämpfungsmittel, z.B. durch Verdunsten von den behandelten Erzeugnissen auf daneben gelagerte unbehandelte Erzeugnisse übergehen, sodaß die angeblich Biozidfreien Erzeugnisse doch ihren Anteil an Gift abbekommen. Auch das ist zwar von Warnern in der Wissenschaft vorausgesagt worden - solche Warnern gibt es wirklich -, aber in der Praxis (natürlich) nur zufällig entdeckt worden.

Mai 1970 wurde bekannt, daß wichtige und häufig angewendete Unkrautvertilgungsmittel für den Menschen wahrscheinlich gefährlich sind. Sie können über Nahrungspflanzen in den Körper einwandern und stehen im Verdacht, Erbänderungen hervorrufen zu können. Diese Mittel werden bei uns von den größten Firmen auf unserem Markt verkauft und in Landwirtschaft und Gärtnerei angewendet.

Das Quecksilber hat sich als neue, bis vor kurzem unbekannte Umweltgefahr aufgetan. In anderen Ländern wurden Messungen veröffentlicht, die einen bedenklich hohen Gehalt an Quecksilber in menschlichen Gewebe zeigten. Quecksilber kann schwere unheilbare Nervenschäden verursachen. Es wandert in Form einer Quecksilberverbindung ins Blut, Embryonen sind besonders empfindlich gegen Quecksilber. Als Biozid wird es in Saatgutbeizmitteln verwendet, aber auch in Mitteln gegen Pilz- oder Bakterienbefall bei

Obstbäumen und Früchten. Es findet sich infolgedessen in Obst. Es findet sich aber auch in Binnengewässern und im Meer, wohin es durch Industrieabwässer gerät. Fische, Meerestiere, Krusten- und Schalentiere, auch Weichtiere enthalten Quecksilber. Bei uns in der Bundesrepublik gibt es nur Stichprobenuntersuchungen über das Vorkommen von Quecksilber. Wir wissen nichts über das Gesamtvolumen von Quecksilber in unseren Gewässern, in unserem Obst, in Meeres- oder Süßwassertieren.

Unter den heute bei uns zugelassenen Bioziden sind Stoffe der Giftklasse I, also besonders giftige Stoffe. Ein Stoff dieser Giftklasse führte vor einigen Monaten zu einem Alarm für Gemüsediebe. Da waren in einem Anbaugebiet Salatköpfe gestohlen worden, die kurz vorher mit einem sehr giftigen Pflanzenschutzmittel behandelt worden waren. Das Mittel verliert erst nach einigen Tagen seine Giftigkeit, die sogenannte Wartezeit - in der Fachsprache Karenzzeit genannt -, die man abwarten muß, bis das behandelte Nahrungsmittel gegessen werden kann, betrug in diesem Fall vier Tage.

Wie es mit dem Einhalten dieser Wartezeiten in der Wirklichkeit aussieht, dafür ein Beispiel: Im Kampf gegen die Kirschfliege werden die Bäume gespritzt, und zwar dann, wenn die Kirschen beginnen, sich leicht zu färben. Wenn dann acht Tage Wartezeit vorgeschrieben ist, wie das für bestimmte Mittel zutrifft, damit die Spritzmittelrückstände die amtlich vorgeschriebene Höchstmenge von dem angewandten Spritzmittel nicht überschreiten, dann wird die Wartezeit von den Obstbaubetrieben bestimmt nicht eingehalten werden, wenn plötzlich hinreichend warmes Wetter eintritt und die Erntereife bereits nach wenigen Tagen erreicht ist.

Wissen Sie, daß auf gute Apfelsorten während der Fruchtentwicklung sechs, meist sogar noch mehr, Spritzungen und Stäubungen mit Pflanzenschutzmitteln kommen, die Schimmel- und Pilzbefall verhindern sollen? Der Baum selbst bekommt übrigens noch mehr solcher Segnungen. Was da an Wirkstoffen in eine Frucht hineingerät, kann den Gehalt an Stoffen, die für die Ernährung wichtig sind, verändern, auch verschlechtern. Dafür sind Beispiele bekannt. Aber hinreichend erforscht sind solche Zusammenhänge keineswegs. Mehrere Wirkstoffe, wenn sie im Organismus vorhanden sind, können miteinander neue Stoffe höherer oder auch geringerer Giftigkeit erzeugen. Auch da muß die Wissenschaft bekennen: Unser Wissen darüber ist lückenhaft und viel zu gering. Zu den schlimmen Folgen solcher Giftwirkung kommen dann noch möglicherweise Blei und krebserzeugende Kohlenwasserstoffe aus den Abgasen der landwirtschaftlichen Geräte und Fahrzeuge. Und außer der unmittelbaren Gesundheitsgefährdung können noch Erbschäden durch solche Einwirkung von Bioziden und Umweltgiften erzeugt werden. Im ganzen eine Begiftung, deren Wirkung auf die heute Lebenden und auf unsere Nachkommen in keiner Weise hinreichend bekannt und erforscht ist. Trotzdem werden diese Stoffe ausgiebig verwendet, in den hochindustrialisierten Ländern, aber auch in den Entwicklungsländern, um die Ernten vor Schädlingsbefall zu schützen.

(2. Fortsetzung und Schluß folgt am
20. Januar 1971)